

# Humanitäre Hilfe als Beweis der internationalen Solidarität

FBP-Postulat vom Landtag einhellig an Regierung überwiesen

«Es ist eine vornehme christliche Aufgabe, dem Nächsten zu helfen. Die Verpflichtung dazu gilt nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Beziehung der Staaten untereinander», betonte der Fraktionssprecher der Bürgerpartei, Marco Ospelt, als er das FBP-Postulat zur humanitären Hilfe vorstellte. Liechtenstein soll in Zukunft vermehrt bei Natur- und Zivilkatastrophen internationale Solidarität zeigen, so das Ansinnen der Abgeordneten der FBP. Der Landtag folgte dem Inhalt des Postulates einhellig und überwies es zur Bearbeitung an die Regierung.

Peter Kindle

FBP-Fraktionssprecher Marco Ospelt, selbst aktiver Helfer bei humanitären Einsätzen, stellte fest, dass es ein Gebot der Solidarität Liechtensteins gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft sei, «Ressourcen bereitzustellen und aktive humanitäre Hilfe in Katastrophenfällen zu leisten». Dabei erwähnte er die vorbildlichen Einsätze von Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, die schon beim schweren Erdbeben in Süditalien im Jahre 1980 tatkräftig am Wiederaufbau über Jahre hinweg mitgeholfen haben. Marco Ospelt liess es sich in seinem Votum nicht nehmen, den Idealisten, wie zum Beispiel Gebhard Frick, für die herausragenden



FBP-Fraktionssprecher Marco Ospelt präsentierte das Postulat der Bürgerpartei zur humanitären Hilfe, welches vom Landtag einhellig an die Regierung überwiesen wurde. (Bild: bak)

Verdienste um den internationalen Katastrophenschutz zu verdanken. Marco Ospelt führte aber an, dass es seit diesen Einsätzen in Süditalien kaum mehr zu ähnlichen Hilfsaktionen von Liechtensteiner Seite aus kam, denn die Strukturen für eine sofortige Hilfe seien nicht gegeben.

## Keine autonome Organisation

«Unsere Solidarität mit den Betroffenen darf sich nicht

auf finanzielle Hilfe beschränken», so Marco Ospelt. Das Postulat der Bürgerpartei fordere, dass Liechtenstein «sinnvolle, grössenverträgliche Formen des Engagements entwickelt, um Soforthilfe leisten zu können». Gleichzeitig stellte der FBP-Fraktionssprecher fest, dass es nicht die Absicht der Postulanten sei, in Liechtenstein eine autonome Organisation zur humanitären Hilfe einzurichten. «Vielmehr soll die Zusammenarbeit mit einer

Partnerorganisation wie dem Schweizerischen Katastrophenhilfekorps gesucht werden.

## Wirksames Instrument

Unterstützung fand Marco Ospelt von seinem Fraktionskollegen Alois Beck, welcher betonte, dass es von enormer Wichtigkeit sei, dass Liechtenstein internationale Solidarität zeige. «Die humanitäre Soforthilfe ist ein geeignetes Instrument, den am meisten Benach-

teiligten die Solidarität Liechtensteins zu zeigen, wenn sie sich an den Grundsatz hält, ohne Rücksicht auf Nationalität, Rasse, Religion, Geschlecht, politische oder soziale Zugehörigkeit aktiv zu sein und das soziale und kulturelle Umfeld zu achten», betonte Marco Ospelt.

Regierungsrätin Andrea Willi zeigte sich vom Postulat der Bürgerpartei sehr angetan und sprach sich dafür aus, dass die Regierung die im Postulat for-

mulierten Gedanken gerne einer grundsätzlichen Prüfung unterziehen wolle. Man werde einerseits die Machbarkeit überprüfen, aber auch eine politische Beurteilung des Bürgerpartei-Vorschlages vornehmen. Regierungsrätin Andrea Willi warf in den Raum, dass unser Land durchaus bereit sei, mehr Leistungen im Bereich der humanitären Hilfe zu erbringen. Jedoch sei es schwierig, eine jederzeit abrufbare Infrastruktur organisatorisch zu gestalten.

## Kritik der Kritik wegen

Die einzige kritische Anmerkung zum Postulat, welches im Landtag an sich unbestritten war, äusserte Paul Vogt, Abgeordneter der Freien Liste. Obwohl er sich bei der Schlussabstimmung für die Überweisung des Postulates an die Regierung aussprach, bemerkte er, dass das Postulat «zwar gut gemeint, aber nicht durchdacht» sei. Er warf die Frage auf, ob die humanitäre Hilfe Liechtensteins eventuell in den LED inkludiert werden könne. Einigkeit mit den Postulanten herrschte bei Paul Vogt allerdings bei der Tatsache, dass im Bereich der humanitären Hilfe «guter Wille nicht ausreicht», sondern dass eine derartige Organisation professionell arbeiten können müsse. Den nötigen Respekt vor dem parlamentarischen Vorstoss der Bürgerpartei wurde zumindest bei der Schlussabstimmung, wo es um die Überweisung an die Regierung ging, von allen Abgeordneten geollt, obwohl es die Landtagsabgeordneten der VU nicht für nötig hielten, sich zum Postulat auch nur mit einem Wort zu äussern.

## GWK: Kontroverse Diskussion über Zwangsmemberschaft

Petition zur freien Verfügung an die Regierung überwiesen – Unterschiedliche Meinungen im Landtag

Soll es bei der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) die Zwangsmemberschaft auch in Zukunft noch geben? Im Landtag herrschten kontroverse Diskussionen zu diesem Thema. Eine Petition, unterschrieben von 356 GWK-Mitgliedern, welche die Abschaffung der Zwangsmemberschaft verlangen, wurde mit 22 Stimmen an die Regierung zur geeigneten Bearbeitung überwiesen.

Peter Kindle

Seit geraumer Zeit sind Diskussionen im Gang, ob eine Zwangsmemberschaft von Gewerbetreibenden in der GWK noch zeitgemäss sind. Gestern hatte sich auch der Landtag mit dieser Frage auseinandersetzen, denn die Parlamentarier hatten sich mit einer Petition von 356 GWK-Mitgliedern auseinandersetzen, welche sich für eine Abschaffung der Zwangsmemberschaft stark machen. Im Parlament herrschten kontroverse Diskussionen.

«Im Zeitalter der Deregulierung spricht nichts mehr für ein System einer Zwangsmem-

berschaft», stellte Paul Vogt (FL) fest. Auch Peter Sprenger, Fraktionssprecher der VU, stimmte mit den Petitionären in der Meinung überein. Die Argumente der Gegner einer Zwangsmemberschaft seien überzeugender, als diejenigen der GWK, welche weiterhin an den bisherigen Strukturen festhalten möchte.

Anderer Meinung war der FBP-Abgeordnete Elmar Kindle: «Die Aufhebung der Pflichtmemberschaft zum heutigen Zeitpunkt ist nicht der Weg zum Ziel». Elmar Kindle zog bei seiner Begründung auch Vergleiche aus dem Ausland heran und zeigte auf, dass auch in anderen Ländern eine Pflichtmemberschaft bestehe. Eine obligatorische Mitgliedschaft in der GWK stelle eine Sicherung der gleichen Bedingungen für alle gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sicher. Eine Stärkung der Gemeinschaft biete Vorteile für jeden Einzelnen. «Dank Solidarität und dem fairen Dialog untereinander können Lösungen, wie z. B. Fragen der Ausbildung und Rekrutierung von qualifiziertem Personal erarbeitet werden».

## Strukturen überdenken

Die Petition zeige klar auf, dass eine Unzufriedenheit in der jetzigen Situation bestehe, stellte Peter Sprenger (VU) fest. Johannes Matt (FBP) stellte fest, dass es grundsätzlich wichtig sei, vor einer Entscheidung über eine Zwangsmemberschaft in der GWK die Vor- und Nachteile genauestens gegeneinander abzuwägen. Paul Vogt regte an, dass sich die GWK möglicherweise einem Strukturwandel unterziehen sollte, «denn die Bedürfnisse haben sich in den vergangenen Jahren gewandelt».

Des Weiteren wurde von Gabriel Marxer (FBP) festgehalten, dass es nicht zielführend sei, die GWK als Kammer zu zerschlagen, denn der Zwang einer Mitgliedschaft mache bei der Formulierung von Gesamtarbeitsverträgen durchaus Sinn. «Ich bin nicht damit einverstanden», so der Gegner der Petition, «dass nur über die GWK diskutiert wird. Wenn es eine gesetzliche Regelung über Zwangsmemberschaften geben soll, dann soll die Regierung diese für alle Verbände schaffen, wo es noch Zwangsmemberschaft gibt».

Regierungschefstellvertreter Michael Ritter nahm die rege Diskussion der Parlamentarier zur Kenntnis und erklärte die Haltung der Regierung: «Bevor wir mit einem bestehenden System abfahren, muss es Alternativen geben». Die Regierung

REKLAME

## Vermögen bilden

Seit Weihnachten 1999

Pharma Vision	+ 6,4%
Spezialitäten Vision	+ 11,2%
Stillhalter Vision	+ 12,0%
BK Vision	+ 25,1%

Und was wurde aus Ihren Geschenken vom letzten Jahr?

Rufen Sie uns an: 0800 87 66 66

BZ Bank